Zeitschrift: Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Landesplanung

Band: 27 (1970)

Heft: 4

Artikel: Entwicklungschancen für ländliche Gebiete

Autor: Güller, Peter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-783129

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Entwicklungschancen für ländliche Gebiete

Dipl. Arch. ETH Peter Güller, ORL-Institut ETH, Zürich

In Altdorf hat eine neue Industrie Einzug gehalten; der Versuch einer grossen Firma, im Voralpengebiet einen Zweigbetrieb zur Gewinnung von einheimischen Arbeitskräften zu führen, hat fehlgeschlagen; eine grosse Uhrenfabrik wird von La Chaux-de-Fonds an den Genfersee deplaciert; die Dorfgemeinschaft Ebnat-Kappel wirbt seit einiger Zeit mit ganzseitigen Inseraten um Arbeitnehmer.

Die schweizerische Industrie ist angesichts des Arbeitskräftemangels in eine Art Psychose geraten. Sie zeigt sich erfinderisch und mobil, sie bietet in diversen Formen ein verbessertes Arbeitsklima an, sie verschiebt einzelne Betriebsteile in die arbeitsmarktmässig jeweils günstigsten Gebiete.

Die traditionellen Standortfaktoren scheinen, zumindest vorübergehend, etwas in den Hintergrund zu treten. Eine bedeutsame Rolle kommt nun vor allem den regionalen, branchenstrukturbedingten Lohnniveaux zu. Das Motto «Wer mehr zahlt, kriegt Arbeitskräfte», führt gewissermassen zu einem Raumbesetzungskampf zwischen den Wirtschaftszweigen. So wie es für die lohnschwächeren Industrien Tabu-Gebiete gibt, wo sich kaum entsprechend bezahlte Arbeitskräfte rekrutieren lassen, bilden für lohnstarke Industrien wieder andere Gebiete eigentliche «Jagdgründe». Der Kampf um die Arbeitskräfte dürfte sich vor allem intensivieren, weil mit zunehmender Mechanisierung und mangelnder Arbeitskraft gerade die Nachfrage nach angelernten Arbeitern steigt — und gerade die anlernbare Arbeitskraft ist in der Wahl ihres Beschäftigungszweiges und damit ihres Arbeitgebers verhältnismässig flexibel.

Man darf sich fragen, ob durch die Bedeutungszunahme dieses Standortfaktors «Arbeitsmarkt» — also einer marktwirtschaftlichen Gegebenheit — die Diskussion um die Entwicklungschancen der ländlichen Gebiete sich nicht nochmals kompliziert hat. Werden der öffentlichen Hand dadurch nicht wieder Mittel zur Industrie-Standortsbeeinflussung aus der Hand geschlagen, die sie sich in teils langen politischen Anstrengungen zu eigen gemacht hat? Wird der Erfolg der vielgerühmten verkehrlichen Erschliessung, der Steuererleichterungen und des Mittelschulausbaus nicht in einer kaum kontrollierbaren Weise überspielt?

Dieser kurze Prolog soll dazu dienen, vorerst einmal die grundsätzliche Frage nach der Funktion der Orts- und Regionalplanung in den Randgebieten des mittelländischen Wirtschaftsraumes zu stellen. An den Beispielen der industriellen Entwicklung im Kanton Wallis und der versuchten Fremdenverkehrs-Gesetzgebung im Kanton Schwyz wird auf Einflussbereiche hingewiesen, die in gewichtigen Teilen jenseits der üblichen planerischen Bemühungen stehen, die aber gerade dem Planer in ländlichen Gebieten vertraut sein müssen, wenn er in vernünftiger Weise am Spiel der Kräfte teilhaben will. Den Fallstudien dieser beiden Kantone folgt dann der Versuch, ein einfaches regionalwirtschaftliches Modell darzustellen, das die Ueberprüfung der Tragfähigkeit bestimmter Entwicklungen erlauben soll. Dass selbst dabei das ausserordentlich komplexe Problem des Arbeitsmarktes keine Lösung findet, möchte ich als Anregung zu weiterer diesbezüglicher Diskussion verstanden wissen.

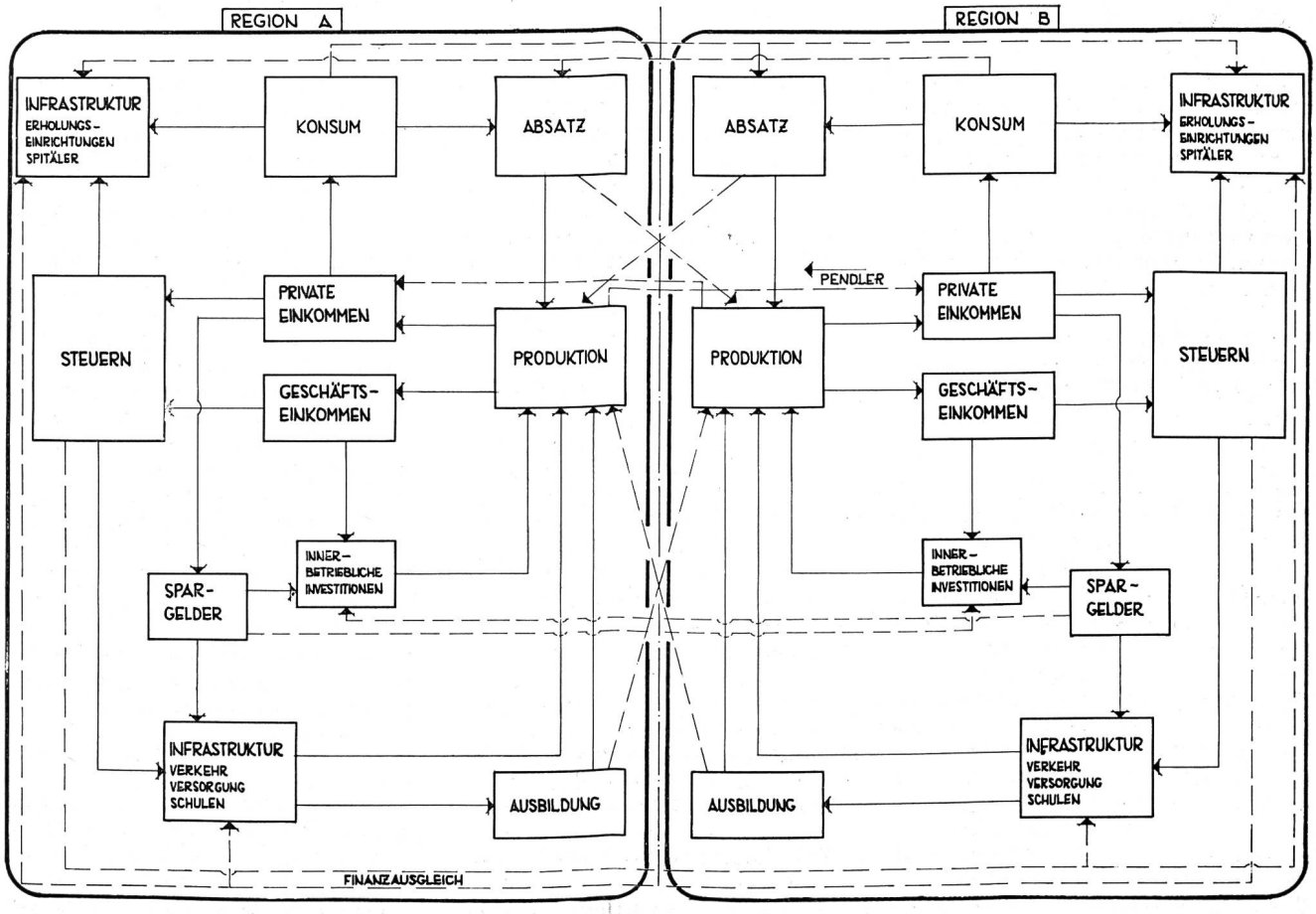


Abb. 1. Modell der regionalen und interregionalen Wirtschaft

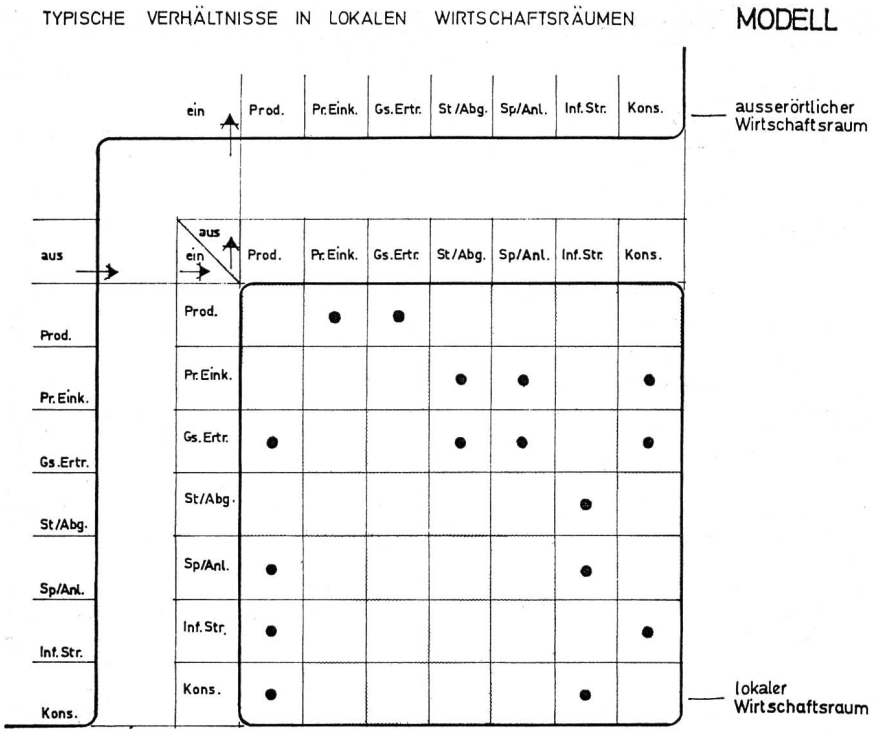


Abb. 2

Legende:

• Direkte Auswirkungen vorhanden zwischen den folgenden Elementen:

Prod. Produktion
Pr. Eink. Privateinkommen
Gs. Ertr. Geschäftsertrag
St/Abg. Steuern, Abgaben
Sp/Anl. Spareinlagen, Anlagegelder
Inf. Str. Infrastruktur
Kons. Konsum

Industrielle Entwicklung im Wallis — Plan oder Aktion?

Der Kanton Wallis hat, gemessen an den gesamtschweizerischen Verhältnissen, in der Zeit nach 1950 einen sehr grossen industriellen Aufschwung genommen. Es ist nicht leicht, diese Entwicklung auf einzelne Massnahmen oder Aktionen zurückzuführen. Im Wallis erscheint in den 50er und 60er Jahren vielmehr ein ganzes Bündel von Wirkkräften, die mehr oder weniger konzentriert und aufeinander bezogen sind. Diese Massnahmen lassen sich etwa wie folgt gruppieren:

— Oeffentliche Diskussion der Wirtschaftsprobleme und Organisation von Aktionskörpern zur Verbesserung der Situation: Vor allem die privatrechtliche Vereinigung von Vertretern der Wirtschaft und der öffentlichen Hand zur sogenannten «Société valaisanne de recherches économiques et sociales» hat durch Oeffentlichkeitsarbeit viel zu einer aktiven Wirtschaftsgesinnung im Kanton beigetragen.

— Werbung und Information zur Industrieansiedlung: Lokale Industriekommissionen übernahmen die Aufgabe, die Standortqualitäten ihrer Gemeinde eingehend zu überprüfen und sie gebührend anzupreisen. Von besonderem Werbeerfolg begleitet scheint eine Studie des BIGA über die gelungene Ansiedlung einer Autozubehörfabrik in St. Niklaus gewesen zu sein.

— Erleichterungen bei der Industrieansiedlung: Durch ein staatliches Industriegesetz können den Gemeinden Subventionen zum Landerwerb und zur Erschliessung und Ausrüstung von Industriearealen zugesprochen werden. Auf Grund des Walliser Finanzgesetzes kann industriellen Neuansiedlern die Befreiung von Gemeindesteuern für eine Dauer bis zu 10 Jahren erlaubt werden.

— Berufliche Aus- und Weiterbildung: Ein neues Schulgesetz brachte eine verbesserte Ordnung des gesamten Schulwesens. Auf privatwirtschaftlicher Basis wurde der Erfahrungsaustausch in betriebswirtschaftlichen Fragen gefördert.

— Absatzförderung: Eine Absatzgenossenschaft für industrielle Produkte wurde gegründet. Für staatlich subventionierte Projekte und als Konzessionsbedingung für gewisse Kraftwerkbauten wurde die Verwendung von Walliser Materialien, Lieferungen und Produkten vorgeschrieben.

— Begleiterscheinungen mit verstärkendem Effekt: Der Kraftwerkbau (Beschäftigungsmöglichkeiten, Ausbau der Zufahrten), der internationale Tunneldurchstich nach Italien, der Bau der Raffinerie Collombey.

Die genannten Massnahmen haben zu einer Verbreiterung des Walliser Wirtschaftsgefüges und damit zu einer Linderung des Risikos konjunktureller Schwankungen geführt. Im Konzert dieser Massnahmen hat die Orts- und Regionalplanung wohl lediglich die Rolle einer gewissen räumlichen Ordnerin übernommen. Man kann sich vorstellen, dass sie im Alleingang, d. h. unbegleitet von den hauptsächlichen entwicklungsstimulierenden Massnahmen, zu nicht mehr als einem Leergerüst geführt hätte.

Fremdenverkehrsförderung im Kanton Schwyz — Versuch zur Schaffung von Realisierungsvoraussetzungen

Im Herbst 1969 wurde dem Volke des Kantons Schwyz eine Vorlage für ein Fremdenverkehrsgesetz unterbreitet. Das Gesetz bezeichnete den Kanton als Mit-Träger der touristischen Entwicklung: Der Kanton wäre zur Erhebung einer sogenannten Beherbergungstaxe ermächtigt worden, welche — unter Zu-

Legende zu Abb. 3 bis 7:

——● Auswirkungen am Ort

——↑ Auswirkungen auf den ausserörtlichen Wirtschaftsbereich

Abb. 4. Bäuerlich/touristische Gemeinde mit Ferienhäuschen (Seite 131)

Prod. Neben der Landwirtschaft Kleinhandel und etwas Gastgewerbe; entsprechende Privateinkommen und Geschäftserträge

Pr. Eink. Oertlich erworbenes Privateinkommen bringt ein verhältnismässig kleines Steueraufkommen, Anlage von Spargeldern, Einkaufstätigkeit (mit Ausnahme spezieller Güter) am Ort; Feriengäste bezahlen Taxe und kaufen ein am Ort

Gs. Ertr. Re-Investitionen aus dem Geschäftsertrag; Steueraufkommen aus dem Geschäft; Einkauf von Produktionsmitteln ausserorts

St/Abg. Ausbau und Unterhalt der Infrastruktur mittels kommunaler Steuererträge; eventuelle Beiträge aus dem Finanzausgleich

Sp/Anl. Spargelder fliessen aus der Gemeinde ab. Mit Fremgeldern finanzierte touristische Infrastruktur

Inf. Str. Gutes Angebot an touristischer Infrastruktur; entsprechende Beschäftigungsmöglichkeiten am Ort

Kons. Oertliche Dienstleistungen für den Tourismus. Absatzsteigerung durch Ausfuhr von landwirtschaftlichen Produkten

schuss eines entsprechend grossen Satzes von Staatsgeldern — den Gemeinden zum Ausbau ihrer Sport- und Erholungseinrichtungen zugekommen wäre. Die Vorlage wurde abgelehnt.
Wie ist diese Gesetzesvorlage und ihre Verwerfung zu beurteilen?
Es mag vom Standpunkt der Förderungsbefürwortung aus zunächst erstaunen, dass die staatlichen Beiträge an den Umfang der Beherbergungstaxe gebunden wurden. Das würde heissen, dass überhaupt erst mit entfachter Entwicklung des Tourismus der Staat unterstützend wirken könnte. Gerade darin kann aber ein Stück Staatspolitik gesehen werden, indem nämlich die Privatinitiative und der private Unternehmergeist schrittmachend «vorauszugehen» hätten. Beim heutigen Entwicklungsstand darf allerdings erwogen werden, ob nicht ein direkter, örtlich konzentrierter Einsatz von staatlichen Mitteln erfolgversprechend gewesen wäre. Diese Lösung hätte die kommunalverbandliche Inangriffnahme touristischer Probleme vorausgesetzt.
Gerade die Konzentrierung der Mittel strebte aber die Gesetzesvorlage nicht grundsätzlich an. Vielmehr hätte es jene Gemeinden, die einen fremdenverkehrlichen Aufschwung hätten herbeiführen können, in einem gewissen Sinne um die Früchte ihrer Arbeit betrogen, indem die durch sie induzierten staatlichen Beiträge in einem Ausgleichstopf untergegangen wären. Diese Gedanken mögen die bestehenden Fremdenverkehrsgemeinden bewogen haben, die Vorlage zu verwerfen.
Man darf sich fragen, ob die Ausrichtung der Staatsbeiträge auf den Zweck des Strassenbaus, wie dies im Kanton Graubünden gehandhabt wird, nicht eine realisierbare Lösung dargestellt hätte. Im Unterschied zum Ausbau einzelner Sport- und Erholungsanlagen hat der Ausbau des Verkehrsapparates, selbst wenn er die verbesserte Erschliessung einzelner bereits florierender Fremdenverkehrsgemeinden zum Ziele hätte, eine Verbreiterung der Entwicklungschancen für das gesamte Kantonsgebiet zur Folge. Die Erholungseinrichtungen müssten in diesem Falle unter starker Beteiligung der Privatwirtschaft vorfinanziert werden; diese Beteiligung ihrerseits wieder setzt eine gute Erreichbarkeit der touristisch interessanten Gebiete voraus.

Auch an diesem Beispiel dürfte es dem Orts- und Regionalplaner klar werden, in welcher Abseitsposition er sich befindet, wenn er der Oeffentlichkeit nicht mehr als einen Zonenplan und ein Baureglement liefert, sich aber gerade an den für die Entwicklung der ländlichen Gebiete notwendigen Aktionen nicht oder nur am Rande beteiligt. Es scheint mir, dass mit der Ausscheidung von Nutzungsflächen und mit dem Vorsehen von Infrastruktur-Standorten im Plan kein echter Beitrag an die Probleme einer ländlichen Gemeinde geleistet ist. Die politischen und privatwirtschaftli-

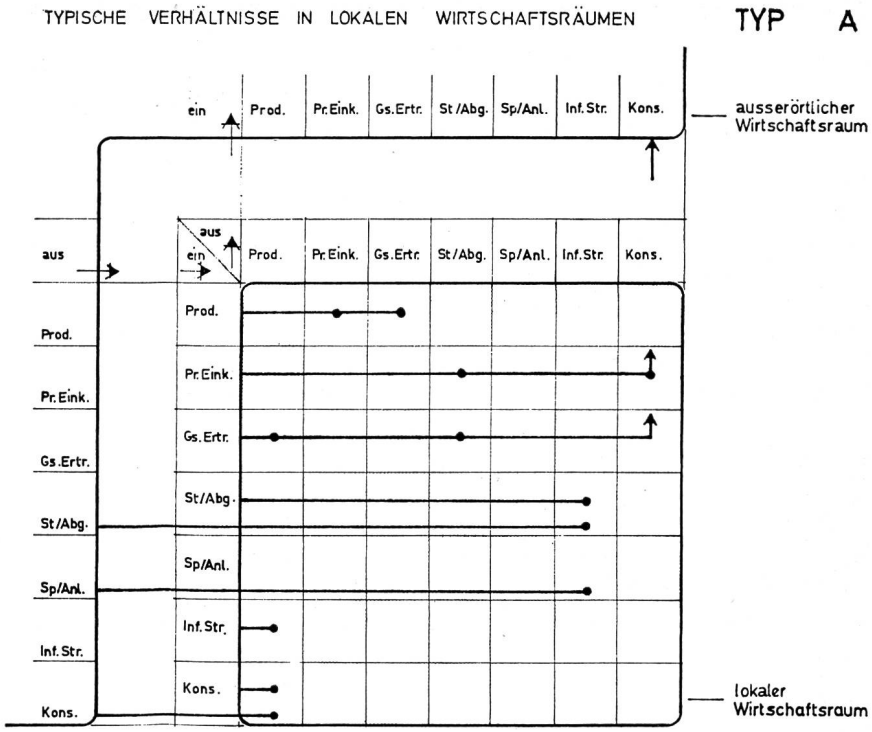
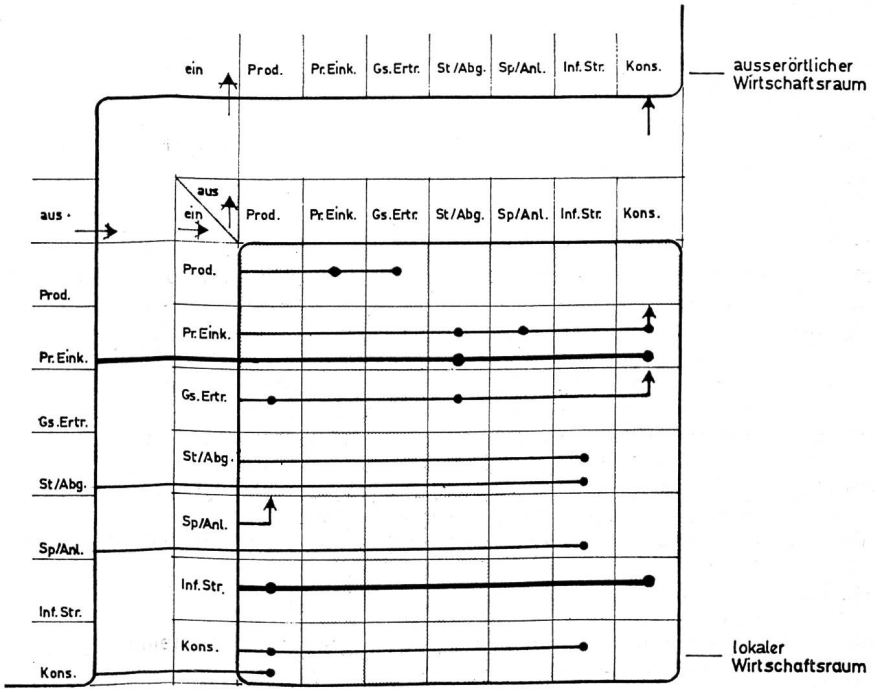


Abb. 3. Bäuerliche Kleingemeinde

Prod. Landwirtschaftliche Produktion; entsprechende Privateinkommen und Geschäftserträge
Pr. Eink. Aus den Privateinkommen (unter Abzug der Naturaleinkommen) ein verhältnismässig kleines Steueraufkommen, geringe Einkaufstätigkeit am Ort; Einkäufe ausserorts für speziellen Gebrauch
Gs. Ertr. Re-Investitionen aus dem Betriebsertrag; Steueraufkommen aus dem Betrieb; Einkauf von Produktionsmitteln ausserorts
St/Abg. Ausbau und Unterhalt der Infrastruktur mittels kommunaler Steuererträge; finanzielle Beiträge durch den Finanzausgleich
Sp/Anl. Aufnahme von Fremdgeldern zur Finanzierung der Infrastruktur
Inf. Str. Infrastruktureller Unterbau für die landwirtschaftliche Produktion
Kons. Eigenkonsum landwirtschaftlicher Produkte. Absatzsteigerung durch Ausfuhr von landwirtschaftlichen Produkten

Abb. 4 (Legende Seite 130)



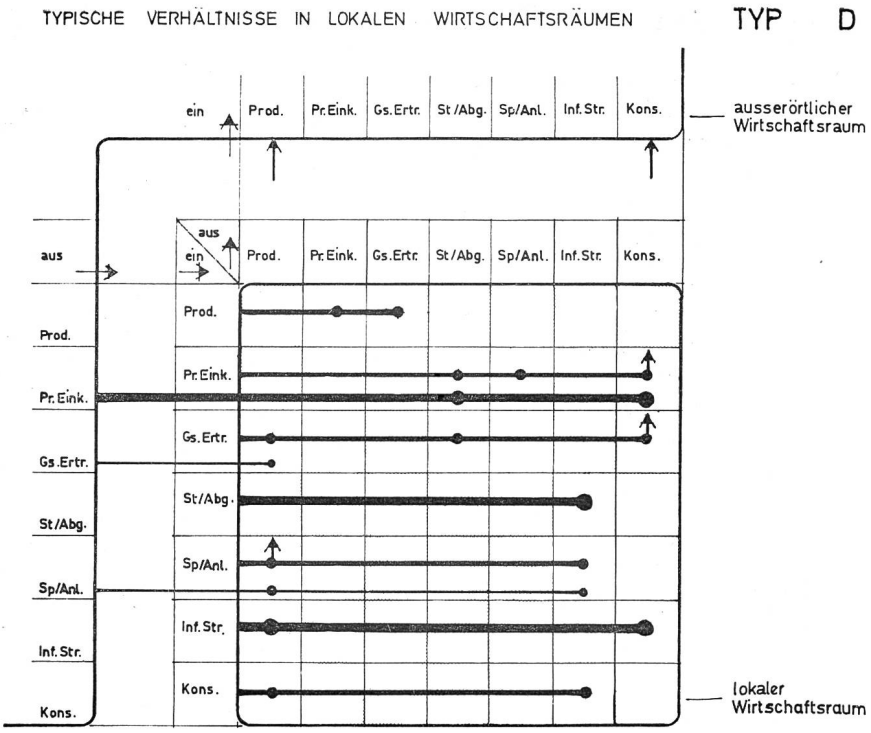


Abb. 5. Kurort

Prod. Dienstleistungen für den Kurgast; entsprechende Privateinkommen und Geschäftserträge

Pr. Eink. Oertlich erworbenes Privateinkommen bringt Steueraufkommen, Anlage von Spargeldern, Einkaufstätigkeit am Ort mit sich. Der Feriengast bezahlt Kurtaxe, kauft Nahrungsmittel und andere Konsumgüter und benützt die touristische Infrastruktur

Gs. Ertr. Oertlich erzielte Geschäftserträge werden zur Re-Investition verwendet und bringen Steuererträge; Einkauf von Produktionsmitteln ausserorts. Auswärtige Firmen verwenden einen Teil ihres Geschäftsertrages für Investitionen in ortsansässige Betriebe

St/Abg. Verhältnismässig hohes kommunales Finanzaufkommen durch Steuern und Kurtaxen. Entsprechende Ausbaumöglichkeiten der Infrastruktur

Sp/Anl. Spargelder fliessen teils aus der Gemeinde ab, teils werden sie in ortsansässigen Betrieben oder für infrastrukturelle Zwecke angelegt. Auch fremdgeld-finanzierte ortsansässige Betriebe und Infrastruktur

Inf. Str. Gutes Angebot an Infrastruktur; entsprechende Beschäftigungsmöglichkeiten

Kons. Oertliche Dienstleistungen für die Einwohnerschaft und die Touristen bedeuten Stimulierung der tertiären Produktion und Ausbau der Infrastruktur.

Abb. 6. Bäuerliche Gemeinde mit auspendelnden Industriebeschäftigten (Seite 133)

Prod. Landwirtschaft; entsprechende Privateinkommen und Betriebserträge

Pr. Eink. Das örtlich erworbene wie auch das ausserorts erworbene Privateinkommen bringt Steuererträge, Anlage von Spargeldern und (geringe) Einkaufstätigkeit am Ort mit sich. Einkäufe für speziellen Gebrauch ausserorts

Gs. Ertr. Geringe örtlich erzielte Betriebserträge; entsprechend geringe Re-Investitionen und Steuern

St/Abg. Ausbau und Unterhalt der Infrastruktur mittels kommunaler Steuererträge; eventuelle Beiträge aus dem Finanzausgleich

Sp/Anl. Spargelder fliessen aus der Gemeinde ab. Aufnahme gewisser Fremdgelder zur Finanzierung der Infrastruktur

Inf. Str. Infrastruktureller Unterbau für landwirtschaftliche Produktion und zur Befriedigung des Erholungsbedürfnisses
Eigenkonsum landwirtschaftlicher Produkte. Bau von Erholungseinrichtungen notwendig

chen Instrumentarien, die auf das Siedlungsbild einwirken, sind so gewichtig, dass sie ein diesbezügliches Mit-Engagement des Planers absolut notwendig machen.

Ueberprüfung der Tragfähigkeit der Entwicklung

Wenn sich nun der Planer an einer derartigen industrie- oder fremdenverkehrsfördernden Aktion beteiligt, sollte er über ein Verfahren verfügen, das ihm die wirtschaftliche Selbständigkeit oder aber Abhängigkeit seines Planungsgebietes und die Entwicklungschancen greifbar macht. Im folgenden sei deshalb der Versuch unternommen, in wenigen Zügen einige Zusammenhänge zwischen der Privatwirtschaft und dem öffentlichen Haushalt im regionalen und interregionalen Rahmen zu skizzieren. In Form eines Modelles werden die einzelnen Wirtschaftsfaktoren einander in einem rückgekoppelten Verlauf zugeordnet (Abb. 1). Es betrifft dies:

— einerseits den Zyklus zwischen der *Produktionstätigkeit,* den privaten und geschäftlichen *Einkommen,* den resultierenden *Steueraufkommen* und *Spargeldern* und den daraus (sowie aus den rückgestellten Betriebserlösen) erwachsenden neuen *Investitionsmöglichkeiten* zum innerbetrieblichen und infrastrukturellen Ausbau, welcher seinerseits wieder Voraussetzung der Produktionstätigkeit ist.
— anderseits den Zyklus zwischen der *Produktionstätigkeit,* dem privaten *Einkommen,* den nach Abzug der Steuern und Spargelder verbleibenden *Konsummöglichkeiten,* der daraus entstehenden Absatzsteigerung und schliesslich wieder dem damit verbundenen Antrieb der Produktionstätigkeit.

Im interregionalen Beziehungsfeld, das durch eine spiegelbildliche Darstellung zweier solcher Wirtschaftsverläufe wiedergegeben ist, kommen nun wesentliche Möglichkeiten der gegenwärtigen Verflechtung hinzu:

— Uebergreifen der Konsumtätigkeit von der einen auf die andere Region.
— Export und Import von Gütern und Dienstleistungen.
— Pendler, die in der einen Region arbeiten, in der andern aber ihr persönliches Einkommen versteuern.
— Spargelder, die als Anlagegelder aus der einen Region in die andere Region fliessen.
— Abwanderung von Personen, die in (und auf Kosten) der einen Region ausgebildet worden sind, in die andere Region.
— Ueberführung eines Teils des Steuereinkommens der einen Region in die andere Region (Finanzausgleich).

Wie nun lässt sich mit diesem Modell arbeiten?
Die aufgezeigten Zusammenhänge zwischen Produktion, Einkommen, Konsum, öffentlichen Finanzen und Ausbau der Infrastruktur unter sich und in den interregionalen Beziehungen können nach «idealtypischen» Kategorien dargestellt werden. Anstelle von Regionen können auch bestimmte Gemeindetypen untersucht werden.
Im Sinne einer vorläufigen Auswahl wird wie folgt unterschieden:

— Bäuerliche Kleingemeinde
— Bäuerliche Kleingemeinde mit vorwiegend Tagesausflugverkehr
— Bäuerliche/touristische Gemeinde mit Ferienhäuschen
— Kurort
— Bäuerliche Gemeinde mit auspendelnden Industrie-Beschäftigten
— Kleingemeinde mit industriellen Arbeitsplätzen: Einpendler
— Berggemeinde mit Grossbaustelle für Kraftwerk
— Industriegemeinde mit zentralörtlicher Bedeutung
— Vorortgemeinde mit überwiegender Wohnbevölkerung

Für die Erläuterung der gesuchten Beziehungen nach Gemeindetypen eignet sich Darstellung in Matrizen-Form (vgl. Abb. 2ff.) besser als diejenige in Form des Schemas (Abb. 1).
Abb. 2 (und die folgenden) zeigen im Zentrum die Eingabe- und die beeinflussten Grössen im *örtlichen Wirtschaftsgefüge.* Am Rande stehen demgegenüber die Eingabe- und die beeinflussten Grössen des *ausserörtlichen Wirtschaftsraumes.* Die Beziehungen zwischen örtlichem und ausserörtlichem Wirtschaftsraum sind durch Pfeile markiert. Die Intensität der einzelnen Geldströme und anderer wirtschaftlicher Beziehungen ist durch die Strichdicke angegeben. Die entsprechende Quantifizierung hat rein relativen Charakter, indem einzig zwischen schwachen, mittleren und grossen Strömen und Beziehungen unterschieden wird.
Im folgenden wird vorerst eine allgemeine Darstellung der möglichen Beziehungen gegeben (Abb. 2). Im Anschluss daran finden sich einige idealtypische Beispiele (Abb. 3 bis 7).
In erster Linie wird, vom Ausmass der Produktionstätigkeit ausgehend, auf die resultierenden Privateinkommen und Geschäftserträge Bezug genommen.
In zweiter Linie werden die Verwendungsanteile des Privateinkommens für die Begleichung der Steuern, für Spareinlagen und für die Konsumtätigkeit dargestellt.
In dritter Linie erscheinen die Anteile des Geschäftsertrages, die für innerbetriebliche Re-Investitionen, zur Steuerbegleichung, zur Anlage (etwa in Immobilien) und zum Kauf von Produktionsmitteln verwendet werden.
In vierter Linie wird gezeigt, in welchem Ausmass Steuergelder für den

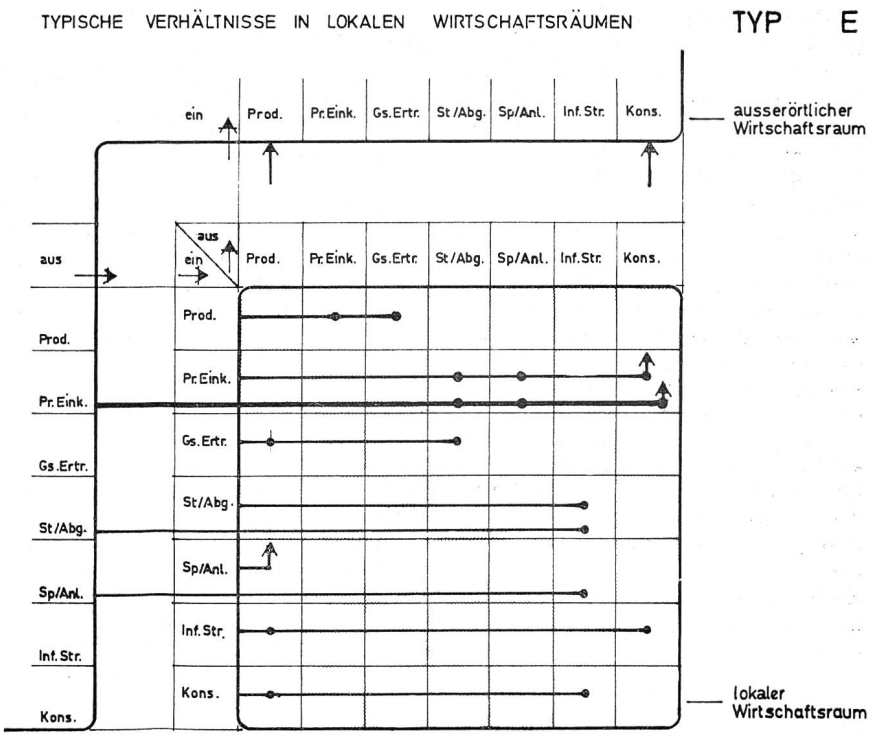


Abb. 6 (Legende Seite 132)

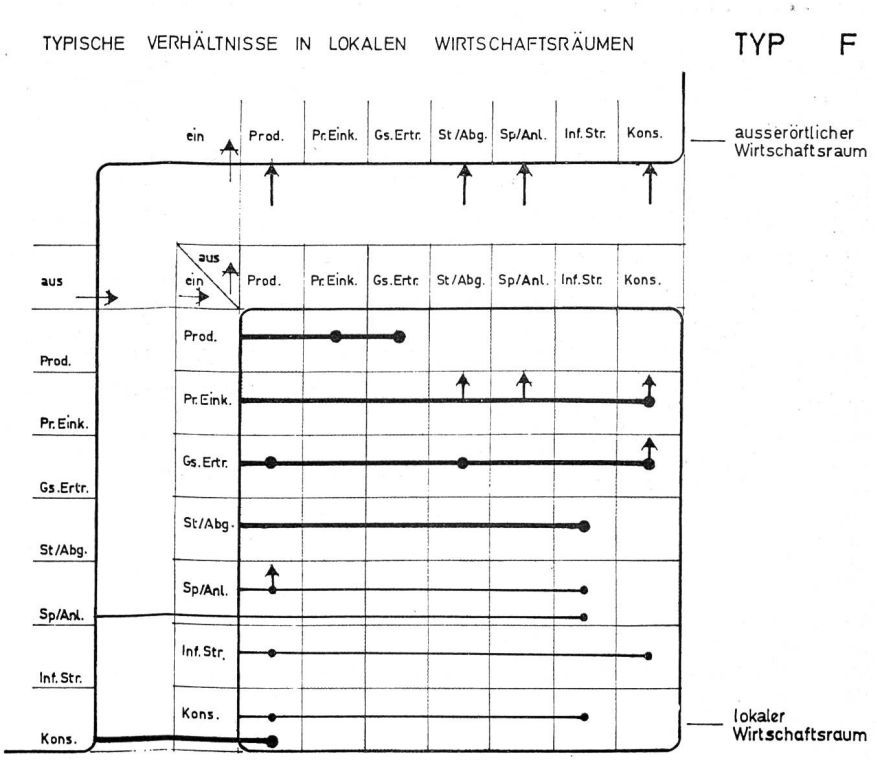


Abb. 7. Kleingemeinde mit industriellen Arbeitsplätzen: Einpendler

Prod.	Industrielle Produktion; entsprechende Privateinkommen und Geschäftserträge
Pr. Eink.	Die Einpendler erfüllen ihre Steuerpflicht, ihre Spartätigkeit und ihre Konsumtätigkeit ausserorts
Gs. Ertr.	Re-Investitionen aus dem Geschäftsertrag; Steueraufkommen aus dem Geschäft; Einkauf von Produktionsmitteln ausserorts
St/Abg.	Ausbau und Unterhalt der Infrastruktur mittels kommunaler Steuererträge
Sp/Anl.	Spargelder fliessen teils aus der Gemeinde ab, teils werden sie in ortsansässigen Betrieben oder für infrastrukturelle Zwecke angelegt. Auch fremdgeld-finanzierte Infrastruktur
Inf. Str.	Infrastruktureller Unterbau für Produktion und Erholung
Kons.	Geringe Stimulierung der Produktion aus dem örtlichen Konsum. Exportorientierung der Produktion

Ausbau der Infrastruktur eingesetzt werden.
In fünfter Linie wird gezeigt, in welchem Masse Fremdgelder aufgenommen werden zum Ausbau der Produktionskapazität und der Infrastruktur.
In sechster Linie wird Bezug genommen auf den für die Entfaltung der Produktionstätigkeit und für die Befriedigung der Wohlfahrtsansprüche notwendigen infrastrukturellen Unterbau.
In siebenter Linie wird dargestellt, in welchem Masse die Konsumtätigkeit den Produktionsumfang bestimmt, respektive welchen Bedarf an Infrastrukturen es zu befriedigen gilt.
Die Abb. 3 bis 7 veranschaulichen einige der obengenannten kommunalen Idealtypen bezüglich der wirtschaftlichen Beziehungen im innerörtlichen Bereich und im ausserörtlichen Verkehr.
Worin unterscheiden sich die ausgewählten Gemeindetypen hauptsächlich?
Kennzeichnend ist, inwiefern im betrachteten (lokalen) Wirtschaftsraum produziert und konsumiert wird und in welchem Umfange Steuern beglichen werden. Das Ein- und Auspendeln der Arbeitskräfte, die Art des örtlichen Tourismus sowie die zentralörtliche Bedeutung spielen dabei eine entscheidende Rolle. Im gleichen Zusammenhang steht die Frage, ob die Anlage von Geldern in der Gemeinde attraktiv oder aber nichtattraktiv ist. Aus den Verflechtungen all dieser Faktoren ergibt sich gemeindetypenweise ein Bild der spezifischen wirtschaftlichen Möglichkeiten und Abhängigkeiten.

Zusammenfassung

Einleitend wurde festgestellt, dass vor allem für die weitere industrielle Besiedlung die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt eine entscheidende Rolle spielen. Sodann wurde an zwei Beispielen erläutert, dass bei der Entwicklung ländlicher Gebiete Mittel zum Einsatz kommen, die meist ausserhalb des Arbeitsfeldes der üblichen Orts- und Regionalplanung liegen. Es wurde versucht, in Form eines Modells der regionalen und interregionalen Wirtschaft ein Verbindungsstück zwischen der Ebene der Wirtschaftspolitik und derjenigen der Raumplanung zu schaffen. Wenn nicht eine Mitbeteiligung des Planers an den Förderungsmassnahmen erreicht werden kann, dann sollte dieser zumindest seine Vorstellungen über die künftige Besiedlungs- und Beschäftigungsstruktur nach privat- und öffentlich-wirtschaftlichen Kriterien überprüfen. Eine derartige Ueberprüfung erfordert die enge Zusammenarbeit mit den einschlägigen kommunalen und kantonalen Stellen. Die massgeblichen Gesichtspunkte bei der Auseinandersetzung mit den Entwicklungsfragen sind: Umsatzperspektiven der anzusiedelnden Betriebe, Lohnniveaux, Besteuerungspraxis, Finanzausgleichspolitik, kommunalverbandliche Regelungen.

Eine wichtige Gegenwartsaufgabe

Kommunalhygiene und Städtereinigung

Anlässlich ihrer Frühjahrstagung vom 29. Mai 1970 in Biel behandelte die Schweizerische Vereinigung für Gesundheitstechnik (SVG) den Fragenkomplex «Kommunalhygiene — Städtehygiene».
Wie der Präsident der Vereinigung, *W. Hess,* Gesundheitsinspektor der Stadt Zürich, ausführte, ergeben sich mit dem technischen Fortschritt, der Steigerung der Produktivitä' in qualitativer wie auch quantitativer Hinsicht bedeutungsvolle Eingriffe in unsere Natur. Die Folgen wurden nur sehr langsam und leider nicht in ihrer Gesamtheit offenbar und wirkten sich vor allem auf den Sektoren des Gewässerschutzes, der Luftverpestung und der ungeheuren Lärmflut aus.

Fehlendes Instrumentarium

Es fehlten in allen Industriestaaten das gesetzgeberische, aber auch das verwaltungsmässige Instrumentarium, um den Folgeerscheinungen der forcierten Industrialisierung Herr zu werden. Es mangelte aber auch an Fachleuten auf dem wissenschaftlichen und technischen Sektor zur Bewältigung der vielschichtigen Probleme der Umwelthygiene. In der Schweiz wird selbst heute diesen Umständen noch nicht gebührend Rechnung getragen, ist doch bisher weder ein Eidgenössisches Institut für Kommunalhygiene als auch ein Amt für Immissionsschutz eingerichtet worden. Die hier benötigte Gesetzgebung ist noch unvollständig, und dem Vollzug der bereits existierenden gesetzlichen Vorschriften wird nicht allerorts die notwendige Nachachtung verschafft.
Den Ausführungen von *Prof. Dr. R. Braun,* Abt.-Chef an der Eidgenössischen Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz, Dübendorf/Zürich, zufolge sind wir heute gezwungen, das Abfallproblem in seiner Gesamtheit zu lösen. Mit Teilrealisierungen ist den Gemeinden in den wenigsten Fällen gedient. Neben den Haushaltabfällen sind daher auch feste und schlammförmige Abfälle aus Industrie und Gewerbe, inkl. ölhaltige Abfälle sowie der Klärschlamm in die Planung der Abfallbeseitigung einzubeziehen.

Unerlässliche Vorarbeiten

Zu den unerlässlichen Vorarbeiten, welche die Gemeinden oder die Gemeinde-Zweckverbände bei der Planung der Abfallbeseitigung an die Hand nehmen müssen, gehören insbesondere folgende Erhebungen und Studien:

— die regionale Planung und Abgrenzung der Region;
— die Organisation eines leistungsfähigen Einsammlungs- und Abfuhrdienstes auf regionaler Basis;
— Erhebungen über Menge und Art der zu beseitigenden Abfälle und die Interpretation dieser Erhebungen;
— die Abklärung der Möglichkeiten für den Absatz bzw. Verkauf der Endprodukte, d. h. der Wärme einerseits, des Komposts auf der anderen Seite;
— die Abklärung der Möglichkeit, nicht verbrennbare und nicht kompostierbare Abfälle inkl. Verbrennungsrückstände im Gelände abzulagern;
— die Wahl der Aufbereitungsverfahren;
— die Wahl des Standorts für die Anlage.

Giftige Abwässer und Kunststoffe

Dipl.-Ing. chem. F. Oehme orientierte über das Problem der Beseitigung industrieller Giftstoffe. Er wies darauf hin, dass zahlreiche Verfahren zum Herstellen und Veredeln von Industriegütern unter Einbeziehung toxischer Verbindungen ablaufen, so z. B. bei der Oberflächenbehandlung von Metallen und Kunststoffen, bei der Herstellung von Papier und Zellstoff, von Lederwaren und beim Färben von Textilien.
Um eine Gefährdung der Umwelt im weitesten Sinne auszuschalten, müssen diese Verbindungen, sobald sie das eigentliche Produktionsgebiet verlassen, in Spülwassern, Altbädern usw. beseitigt werden. Entweder kann man sie entgiften, oder wenigstens stark giftige in weniger giftige Stoffe umwandeln, was indessen meist zu einer unerwünschten Versalzung der Gewässer führt. Anderseits wäre es erstrebenswert, die Wiederverwendung derartiger Giftstoffe im gleichen oder in anderen Produktionsverfahren ins Auge zu fassen, womit neben Gesichtspunkten des Umweltschutzes zugleich wichtige wirtschaftliche Aspekte Berücksichtigung fänden. Für die Entgiftung von Cyaniden wurden neue Verfahren eingeführt. Dem Referat von *Dr. A. Camani,* Zürich, war zu entnehmen, dass heute die Kunststoffanteile im Müll noch kein reelles Problem darstellen. Es stellt sich die Frage, ob bei gegenüber dem übrigen Müll überdurchschnittlichem Anwachsen der Kunststoffe, und vor allem des PVC, die befürchtete Bildung von Salzsäure bei der Verbrennung solcher Stoffe mit dadurch bedingter erhöhter Korrosion und Luftverschmutzung ein-